

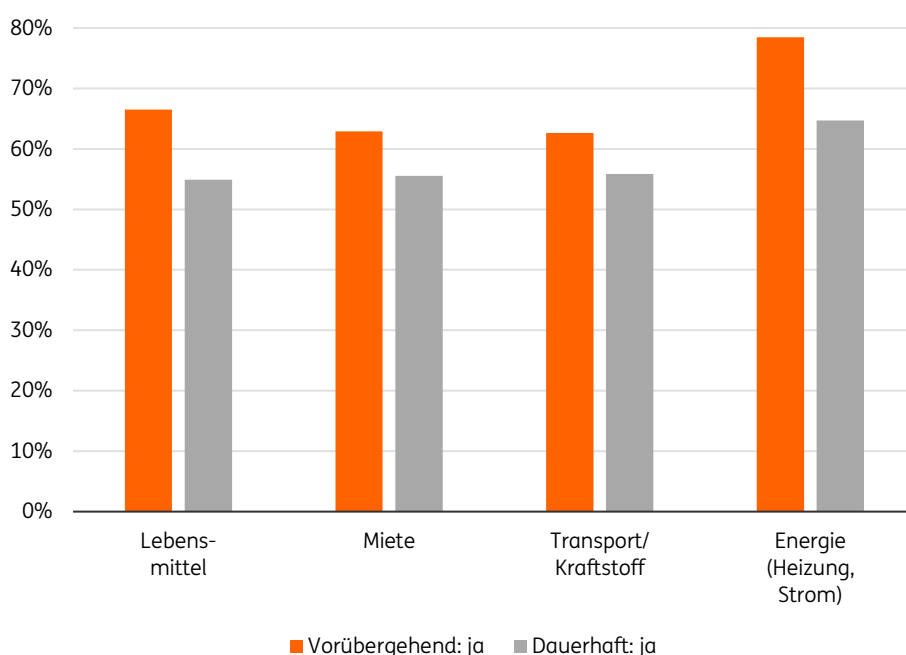
Ungewöhnliche Zeiten – ungewöhnliche Maßnahmen?

Vier von fünf Deutschen befürworten staatliche Preiskontrolle.

In komplizierten Zeiten haben vermeintlich einfache Lösungen Hochkonjunktur – die derzeitige inflationäre Situation bildet da keine Ausnahme. In einer repräsentativen ING-Umfrage vom Juni 2023 **befürworten zwischen 63 und 79 Prozent der deutschen Verbraucherinnen und Verbraucher eine vorübergehende Preisdeckelung** für bestimmte Güter, zwischen 55 und 65 Prozent sprechen sich sogar für einen dauerhaften Eingriff aus (S. 2). Weitere Ergebnisse:

- **Jeweils rund drei Viertel der Befragten geben an, einen höheren Anteil ihres Einkommens als noch vor fünf Jahren für Lebensmittel und Wohnenergie aufzuwenden.** Fast zwei Drittel erwarten, dass sich dieser Anteil weiter erhöht (S. 3).
- **Ihre persönliche finanzielle Situation erachten die Deutschen für deutlich schlechter als noch vor fünf Jahren** – und sie gehen nicht davon aus, dass dieser Rückgang in den nächsten fünf Jahren aufgeholt wird (S. 5).
- **Nur ein Viertel der Deutschen geht davon aus, dass innerhalb der nächsten drei Jahre eine Inflationsrate erreicht werden wird, die sie mit Preisstabilität assoziieren.** Mehr als die Hälfte erwartet, dass das bis zu fünf Jahren oder noch länger dauern – oder nie mehr eintreten – wird (S. 6).
- **Fast die Hälfte spart weniger als vor den Preissteigerungen der jüngeren Vergangenheit** – mehrheitlich, weil schlicht und einfach das Geld dafür fehlt (S. 7)

Abb. 1 „Sollten die Preise für diese Güter in der gegenwärtigen inflationären Situation **VORÜBERGEHEND** staatlich gedeckelt werden?“ bzw. „Sollten die Preise für diese Güter **DAUERHAFT** staatlich gedeckelt werden?“; Anteil Ja-Stimmen



Sebastian Franke

Economist

Frankfurt +49 69 27 222 65154

Sebastian.Franke@ing.de

Quelle: ING Consumer Research

Der Ruf nach dem Staat

Um 13,5 Prozent höher als zwei Jahre zuvor lag der Verbraucherpreisindex des Statistischen Bundesamts im Juni 2023. Selbst in den frühen 1990er Jahren kurz nach der Wiedervereinigung hatte der Wert für einen 24-Monats-Zeitraum lediglich kurzzeitig 11 Prozent erreicht. Derart kräftig und anhaltend gestiegene Preise wie zuletzt kennen viele Deutsche allenfalls aus Geschichtsbüchern. Langsam sinkende – oder zuletzt eher stagnierende – Inflationsraten bedeuten nicht, dass die Belastung der Haushaltsbudgets sinkt, sondern nur, dass sie langsamer steigt.

Zumindest, solange die Löhne nicht schneller steigen als die Preise – und davon kann derzeit noch keine Rede sein, einigen der höchsten Tarifabschlüsse der letzten Jahre zum Trotz. Wer sich mit einer schwierigen und ungewohnten Situation konfrontiert sieht, in der nicht mit eigener Kraft Abhilfe geschaffen werden kann, für den liegt es nahe, sich Hilfe von oben zu erhoffen – in diesem Fall von staatlicher Seite.

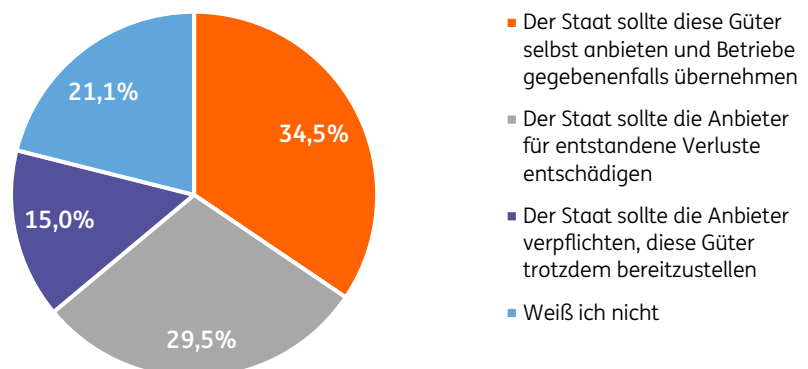
Diverse Entlastungspakete haben aber die Situation für viele Verbraucherinnen und Verbraucher bislang nicht entscheidend verbessert. Auch die Möglichkeit einmaliger, abgabenfreier Sonderzahlungen hilft gegen dauerhaft hohe Preise nur vorübergehend – und muss auch vom Arbeitgeber überhaupt erst einmal genutzt werden, was ja auch nicht flächendeckend der Fall ist.

Warum also nicht direkt an den Preisen ansetzen? Das fragen sich offenbar viele Deutsche. Aus Verbrauchersicht ist dies tatsächlich der einfachste und bequemste Weg: Anstatt die gestiegenen Preise durch die eine oder andere Unterstützungsmaßnahme kompensieren zu müssen, bleibt einfach alles so, wie es ist – beziehungsweise wie es war, bevor die Preise das Steigen begannen. So kann es nicht verwundern, dass Preisdeckelungen unter den Verbraucherinnen und Verbrauchern ein sehr populäres Instrument sind.

Über eine Auswahl von vier Gütergruppen, die verschiedene grundlegende Bedürfnisse abdecken, sind zwischen 63 und 79 Prozent der Befragten der Ansicht, dass die Preise in diesen Bereichen von staatlicher Seite gedeckelt werden sollten – zumindest vorübergehend, bis die derzeitige inflationäre Phase abgeebbt ist.

Aber wenn wir schon damit anfangen, Preise staatlich zu kontrollieren – warum bleiben wir dann nicht einfach dabei? Das ist offenbar der Gedankengang von 55 bis 65 Prozent der Deutschen. Sie sind der Meinung, dass die Preise für diese Grundbedürfnisse dauerhaft reguliert werden sollten.

Abb. 2 „Wie sollte verfahren werden, wenn die Anbieter der genannten Güter aufgrund der gedeckelten Preise nicht mehr profitabel wirtschaften können?“



Doch auch die Anbieter dieser Güter sehen sich mit gestiegenen Kosten konfrontiert. Trotz aller Bestrebungen zur Dekarbonisierung werden noch rund 80 Prozent des deutschen Primärenergieverbrauchs mit fossilen Energieträgern gedeckt, die aus dem heimischen Boden geholt oder an den internationalen Rohstoffmärkten eingekauft werden müssen.

Lebensmittel müssen produziert oder importiert, Häuser gebaut und instandgehalten werden. Sollten diese gestiegenen Kosten aufgrund von Preisdeckelungen nicht an die Verbraucherinnen und Verbraucher weitergegeben werden können, sind die Anbieter dieser Güter womöglich nicht mehr in der Lage, profitabel zu wirtschaften. Das mag für einen begrenzten Zeitraum durchhaltbar sein, aber nicht auf Dauer. Was denken die Deutschen, wie mit diesem Problem umgegangen werden sollte, wenn die erwünschten Preisdeckelungen tatsächlich kämen?

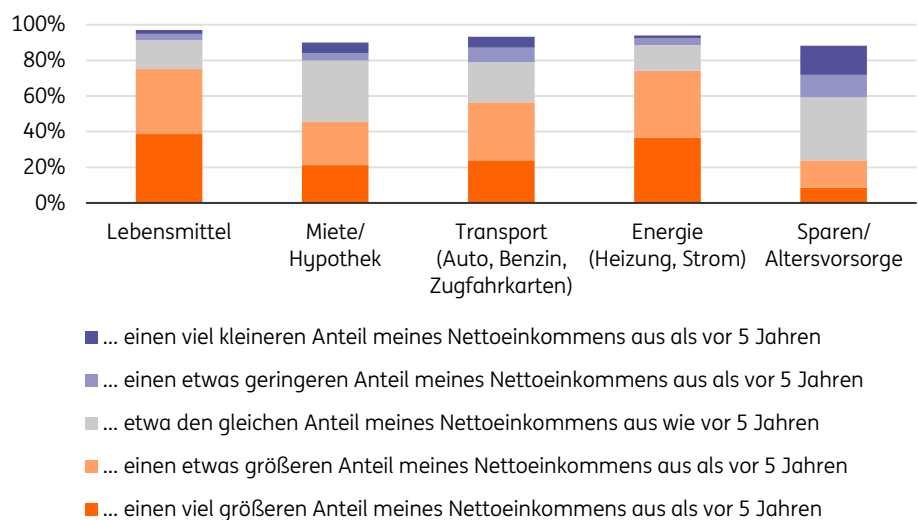
Für über ein Drittel der Befragten liegt die Lösung in einer Vorgehensweise, die historisch eine eher überschaubare Erfolgsbilanz im Hinblick auf die Bedürfnisbefriedigung der Menschen aufweist und sich darüber hinaus auch meist als ruinös für die Staatsfinanzen erwiesen hat: nämlich in der staatlichen Bewirtschaftung dieser Bereiche. Wollen wirklich 35 Prozent der Deutschen in sozialistischen Verhältnissen leben?

Hätten wir die Frage so gestellt, wären die Ergebnisse womöglich anders ausgefallen – das ist aber, worauf der bevorzugte Ansatz der Verbraucherinnen und Verbraucher hinausläuft. Ebenfalls populär ist das staatliche Stopfen der Löcher in den Bilanzen der Anbieter dieser Güter; für 30 Prozent wäre dies das Mittel der Wahl. Halb so viele Befragte würden sich um diese Verluste gar nicht weiter kümmern und auf die Macht des Staates setzen, das Anbieten dieser Güter trotzdem zu erzwingen.

Lebensmittel und Energie schneiden ins Budget

Um 27 Prozent lagen die Preise für Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke im Juni 2023 über denen desselben Monats zwei Jahre zuvor. 53 Prozent beträgt der Wert im Bereich Wohnenergie. Auch wenn sich der Preisanstieg zuletzt abgeschwächt hat, führen beide Kategorien noch immer regelmäßig die entsprechenden Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamts an. Da kann es nicht verwundern, dass Verbraucherinnen und Verbraucher vor allem in diesen Bereichen beklagen, einen deutlich höheren Anteil ihres Einkommens aufwenden zu müssen.

Abb. 3 „Im Vergleich zu vor 5 Jahren gebe ich jetzt für ...“



Differenz zu 100 Prozent: „Weiß ich nicht“; Quelle: ING Consumer Research

Insbesondere jüngere Befragte berichten auch, dass Mietzahlungen (oder gegebenenfalls Hypothekenraten) einen höheren Anteil ihres Einkommens ausmachen als noch vor fünf Jahren. In jüngeren Jahren wird, beispielsweise für Studium oder Ausbildung, häufiger der Wohnort gewechselt – da gibt es wenig Gelegenheit, von den im Vergleich nur moderat gestiegenen Bestandsmieten zu profitieren.

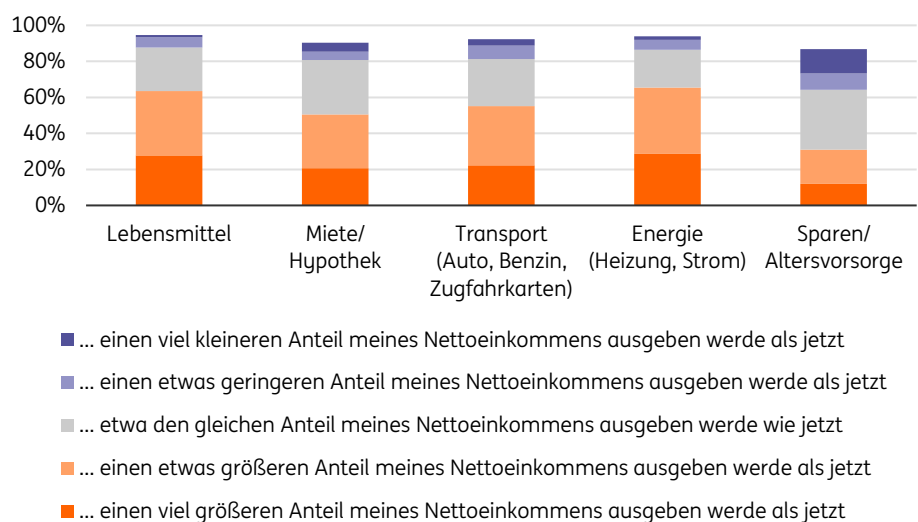
Gelitten haben vor allem Sparen und Altersvorsorge: Der Anteil des Einkommens, der in der einen oder anderen Form auf die hohe Kante gelegt wird, hat sich bei fast 30 Prozent der Befragten verringert. Logischerweise sind es vor allem ältere Befragte, die im Ruhestand oder Vorruhestand nicht mehr vorsorgen, sondern vielmehr von dieser Vorsorge leben.

Aber über alle Altersklassen hinweg geben mindestens 20 Prozent der Befragten an, weniger als zuvor in Sparen und Altersvorsorge zu stecken. Am höchsten ist der Wert in der jüngsten Altersklasse der 18- bis 24-Jährigen – mit Einstiegsgehältern am Anfang des Berufslebens fehlt hier wohl schlicht und ergreifend das Geld zum Sparen.

Was bereits teuer ist, weist keine hohen Steigerungsraten mehr auf, wenn es einfach nur teuer bleibt – und was vor einem Jahr noch durch staatliche Bezuschussung verbilligt wurde, nämlich der öffentliche Nahverkehr, trotz jetzt dem ansonsten vorherrschenden disinflationären Trend. Derartige Basiseffekte bestimmen einen großen Teil des aktuellen Inflationsgeschehens.

Mit solchen Gedankengängen scheinen sich die Deutschen aber mehrheitlich nicht zu befassen. Der Blick in die Vergangenheit zeigt, dass Inflationserwartungen meist maßgeblich von der jeweils aktuellen Preissteigerungsrate beeinflusst werden. Und so sind es dann auch die Kategorien, die derzeit im Vergleich zu fünf Jahren zuvor am stärksten ins Budget schneiden, von denen eine entsprechende Entwicklung auch für die kommenden fünf Jahre erwartet wird. Lebensmittel und Energie führen erneut die Rangliste an. In keiner Kategorie – außer Sparen und Altersvorsorge – erwarten mehr als 11 Prozent der Befragten, künftig einen geringeren Anteil ihres Einkommens aufzuwenden. Doch immerhin rechnen rund 30 Prozent damit, in Zukunft mehr auf die hohe Kante legen zu können als derzeit.

Abb. 4 „Ich gehe davon aus, dass ich in 5 Jahren für ...“

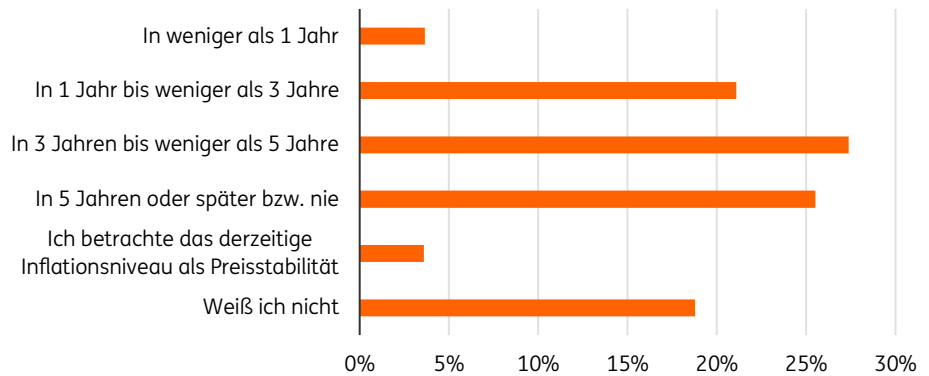


Differenz zu 100 Prozent: „Weiß ich nicht“; Quelle: ING Consumer Research

Da passt es ins Bild, dass die Deutschen für die nähere Zukunft auch keinen deutlichen Rückgang der Inflation erwarten. Nur ein Viertel der Befragten geht von einer Rückkehr zu stabilen Preisen innerhalb der nächsten drei Jahre aus, ebenso viele nehmen an, dass das

mindestens fünf Jahre dauern – oder gar nicht eintreten – wird. Nicht einmal 4 Prozent können sich vorstellen, dass wir binnen Jahresfrist wieder bei einem Inflationsniveau liegen werden, das sie mit Preisstabilität assoziieren.

Abb. 5 „Wann, glauben Sie, wird die offizielle Inflationsrate in Deutschland wieder auf ein Niveau sinken, das Sie als Preisstabilität betrachten würden?“

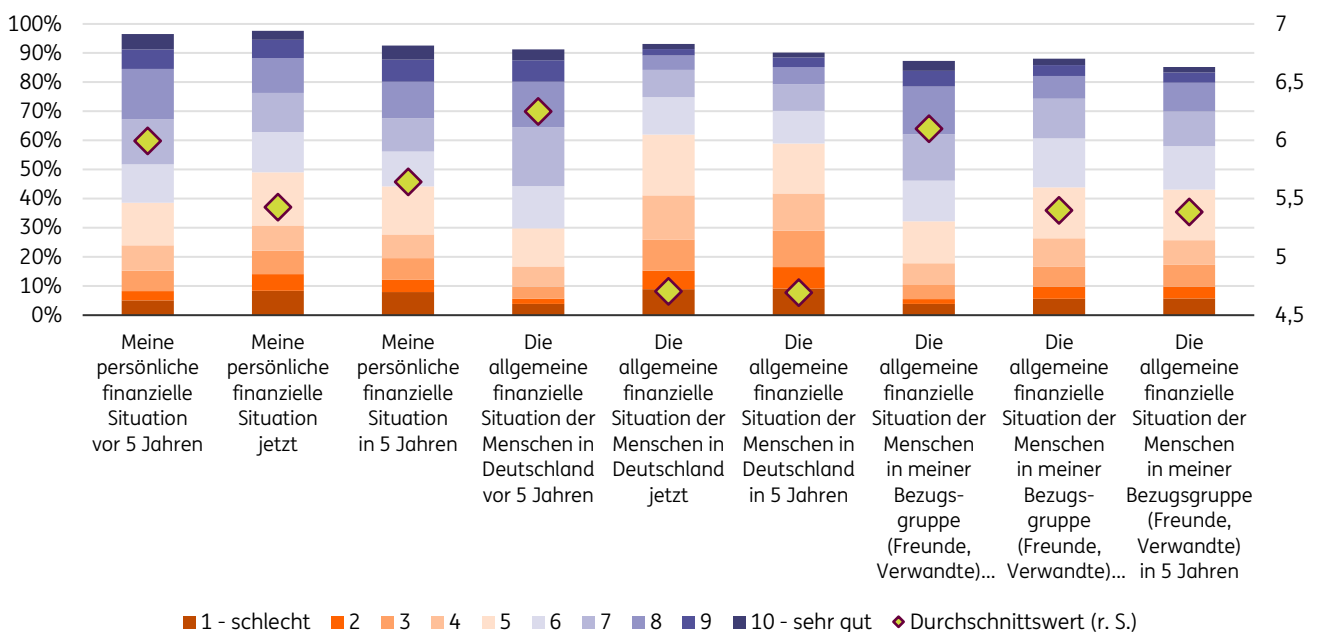


Quelle: ING Consumer Research

War früher alles besser?

Nicht nur Energie und Lebensmittel, auch andere Bereiche haben teils deutliche Preissteigerungen zu verzeichnen. Hinzu kommt, dass Menschen die Vergangenheit ohnehin meist durch eine rosarote Brille betrachten – gerne bezeichnet als Nostalgie oder auch Retromanie. Da scheint es nur logisch, dass die Deutschen auch ihre finanzielle Situation der Vergangenheit besser einschätzen als die der Gegenwart. In diesem Fall stützt allerdings die Statistik die Wahrnehmung: Der Reallohnindex lag im ersten Quartal 2023 so niedrig wie seit 2015 nicht mehr und wies im sechsten Quartal in Folge eine negative Veränderung im Vergleich zum Vorjahreszeitraum auf.

Abb. 6 „Wie würden Sie die folgenden Verhältnisse auf einer Skala von 1 (schlecht) bis 10 (sehr gut) bewerten?“



Differenz zu 100 Prozent: „Weiß ich nicht“; Quelle: ING Consumer Research

Im Rahmen der Umfrage sollten die Verbraucherinnen und Verbraucher jeweils fünf Jahre in die Vergangenheit und in die Zukunft schauen. Eine deutliche Mehrheit von fast 60 Prozent verortet ihre finanzielle Situation in der Zeit vor fünf Jahren zumindest in der oberen Hälfte einer Skala von 1 bis 10. Der Durchschnittswert dieser rückblickenden Bewertungen liegt bei 6. Beim Blick auf die Gegenwart wird aus dieser klaren Mehrheit eine knappe Minderheit: Weniger als die Hälfte der Befragten bewertet ihre Situation mit 6 oder besser. So liegt auch der Durchschnittswert für die Einschätzung der aktuellen Situation nur noch bei 5,4.

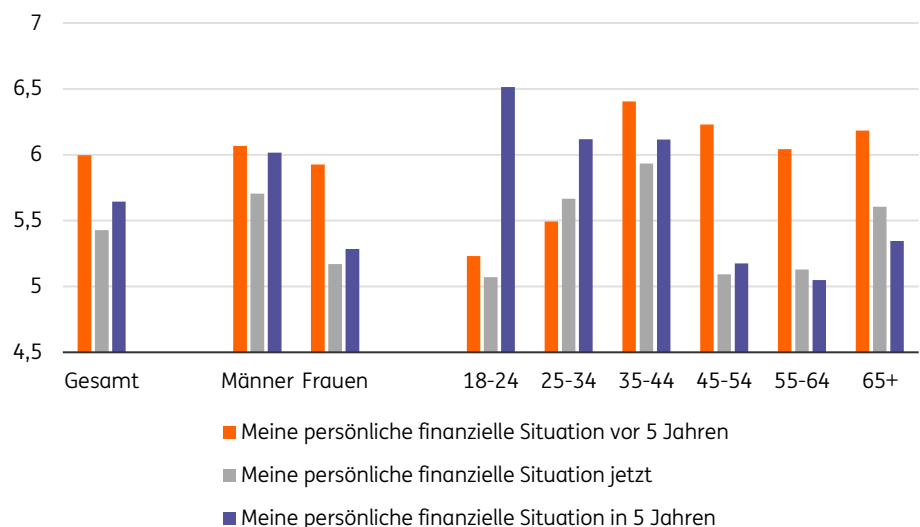
Beim Ausblick auf die erwartete finanzielle Situation in fünf Jahren machen die Bewertungen aus der oberen Hälfte der Skala wieder eine leichte Mehrheit aus. Aber die Deutschen sind allenfalls verhalten optimistisch: Gerade einmal 5,6 beträgt der Durchschnittswert.

Neben ihrer eigenen Situation in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft wurden die Verbraucherinnen und Verbraucher auch nach einer entsprechenden Einschätzung über die Menschen in ihrem näheren Umfeld und in Deutschland insgesamt gefragt. Die direkte Bezugsgruppe wird ähnlich der eigenen Situation bewertet, wenn auch mit etwas geringer ausgeprägten Extremwerten an beiden Enden der Skala und einem höheren Anteil an „Weiß ich nicht“-Antworten.

Ein deutlicher Unterschied zeigt sich aber bei der Einschätzung der finanziellen Situation der Menschen in Deutschland insgesamt. Die Bewertung der Vergangenheit fällt noch etwas besser aus als im Hinblick auf die eigene Situation – quasi spiegelbildlich dazu werden aber für Gegenwart und Zukunft im Vergleich extrem niedrige Werte vergeben. Auch die Hoffnung auf eine zumindest leichte Besserung der eigenen Situation findet sich dabei nicht wieder. Verfängt hier die fast schon apokalyptisch anmutende Berichterstattung in Teilen der Medien?

Der Blick auf die demographische Verteilung der Bewertungen zeigt einige klare Tendenzen. So bewerten die beiden jüngsten Altersgruppen ihre Situation vor fünf Jahren deutlich schlechter als die übrigen Befragten – naheliegend, da diese Menschen vermutlich vor fünf Jahren entweder noch gar nicht im Berufsleben oder noch an dessen Anfang gestanden und dementsprechend zu dieser Zeit kein üppiges Einkommen erzielt haben dürften.

Abb. 7 „Wie würden Sie die folgenden Verhältnisse auf einer Skala von 1 (schlecht) bis 10 (sehr gut) bewerten?“; Durchschnittswert, nach demographischen Gruppen



Quelle: ING Consumer Research

Im Gegensatz dazu ist aber bei den Jüngeren der Optimismus für die Zukunft der eigenen finanziellen Situation am stärksten ausgeprägt. In Zeiten des Fachkräftemangels und

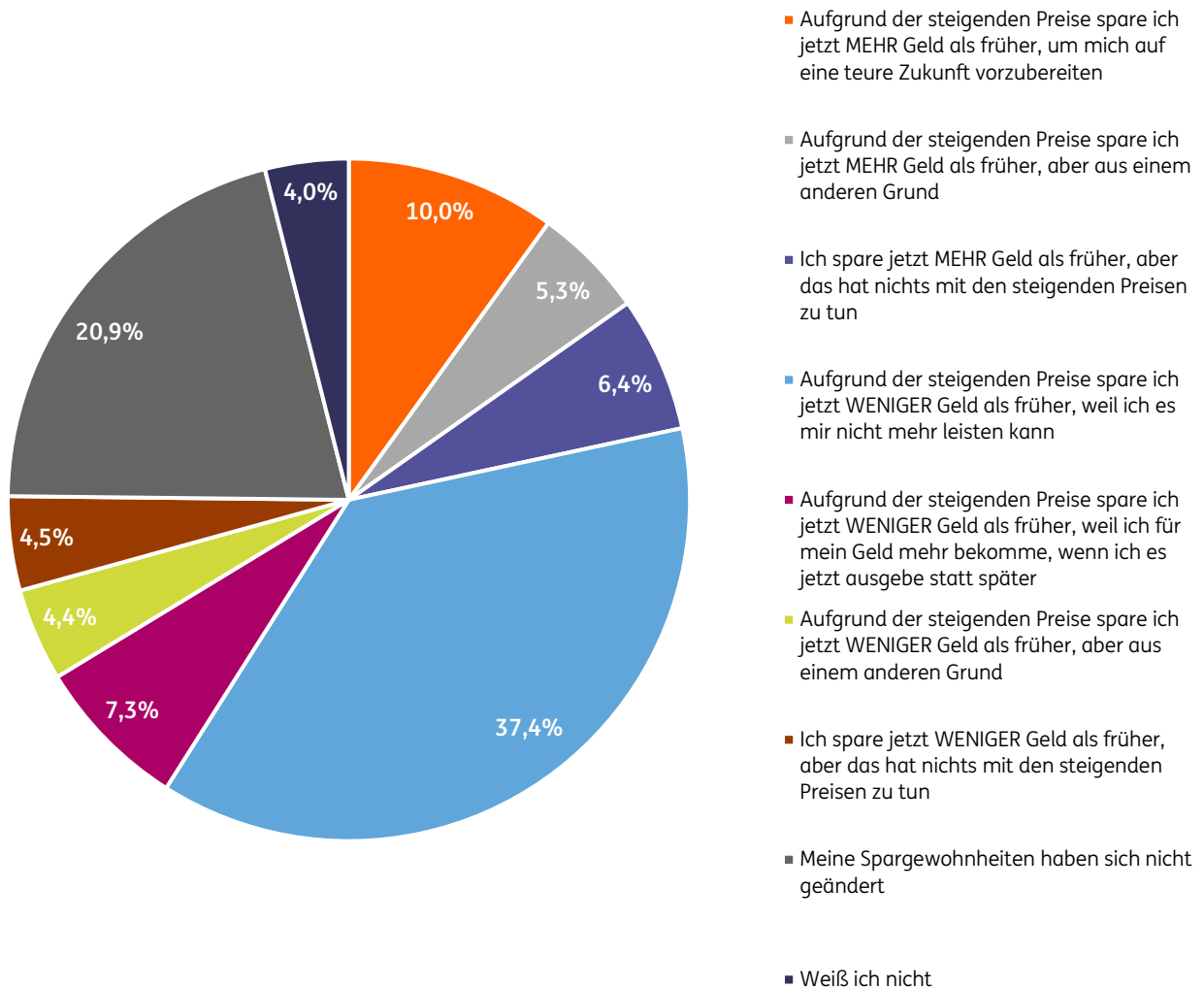
eines trotz aller Krisen weiterhin sehr robusten Arbeitsmarkts und mit einem Großteil ihres Berufslebens noch vor sich möchte man ihnen da durchaus beipflichten, zumal auch gerade bei den Jüngsten einkommenstechnisch noch die meiste Luft nach oben sein dürfte.

Auffällig ist, dass insbesondere weibliche Befragte zwar den positiven Blick auf die Vergangenheit teilen, Gegenwart sowie Zukunftsaussichten jedoch deutlich schlechter bewerten. Angesichts der weiterhin strukturell schlechteren Arbeitsmarktpartizipation von Frauen kann dieser Befund leider nicht verwundern.

Zum Sparen fehlt vielen das Geld

Verändert sich das Sparverhalten der Menschen – und wenn ja, in welcher Form ist das eine Folge gestiegener Preise? Auch diese Fragestellung war Gegenstand der Umfrage. Rund 15 Prozent sparen aufgrund der Inflation mehr als zuvor, mehrheitlich als eine Art Vorsichtssparen, um für die Zukunft auf weiter gestiegene Preise vorbereitet zu sein.

Abb. 8 „Welche der folgenden Aussagen beschreibt am besten den Einfluss der Inflation auf Ihre Spargewohnheiten?“



Quelle: ING Consumer Research

Bei fast der Hälfte der Befragten ist es hingegen weniger Geld als zuvor, das auf die hohe Kante gelegt wird. Der bei weitem überwiegende Grund ist der Einschnitt gestiegener

Preise ins Haushaltsbudget, der schlicht und einfach weniger oder gar kein Geld mehr zum Sparen übriglässt. Ökonomisch schlüssig kann es andererseits auch sein, weniger zu sparen und stattdessen Anschaffungen zu tätigen, ehe die Preise weiter steigen – so gehen aber nur rund 7 Prozent vor.

Ein knappes Drittel hingegen zeigt sich in seinem Sparverhalten von steigenden Preisen unbeeinflusst. Größtenteils gab es hier keine Änderungen an den Spargewohnheiten; jeweils spart aber auch ein kleiner Anteil mehr oder weniger, ohne das auf die Inflation zurückzuführen.

Glauben wir noch an unser Wirtschaftsmodell?

Natürlich klopft, diesen Ergebnissen zum Trotz, keineswegs der Sozialismus an die Tür. Das wäre angesichts der politischen Mehrheitsverhältnisse im Land doch eine recht abenteuerliche Deutung.

Dennoch sollte nicht übersehen werden, dass die derzeitige Situation für viele Menschen existenzielle Sorgen bedeutet. Je länger diese Sorgen anhalten, je mehr sich der Eindruck verfestigt, dass wir als Staat, als Gesellschaft und als Wirtschaft nicht gewährleisten können, dass auch diese Menschen ihr Auskommen haben, desto stärker delegitimiert sich in ihren Augen unsere Wirtschafts- und womöglich auch Gesellschaftsordnung – dass muss ein deutliches Warnsignal sein.

Näheres zu unserer Umfrage

Ziel der mehrmals jährlich durchgeführten Umfrage ist es, zu einem besseren Verständnis für die finanzielle Entscheidungsfindung von Konsumenten zu gelangen. Die Umfrage wurde vom Ipsos Meinungsforschungsinstitut in Form einer Onlinebefragung durchgeführt. In Belgien, Deutschland, den Niederlanden, Polen, Rumänien, Spanien und der Türkei wurden je ca. 1.000 Befragungen durchgeführt, in Luxemburg ca. 500.

Disclaimer / wichtige rechtliche Hinweise

Diese Veröffentlichung wurde von der volkswirtschaftlichen Abteilung der ING Deutschland („ING“) zu reinen Informationszwecken erstellt, ohne Berücksichtigung von Anlagezielen, finanzieller Situation oder Mitteln einzelner Nutzer/Leser. Die Informationen in dieser Veröffentlichung stellen weder eine Anlageempfehlung noch eine Anlage-, Rechts- oder Steuerberatung oder ein Angebot oder eine Aufforderung zur Abgabe eines Angebots zum Kauf oder Verkauf eines Finanzinstruments dar. Mit angemessener Sorgfalt wurde darauf geachtet, dass die Angaben in dieser Veröffentlichung nicht unzutreffend oder irreführend sind; ING gewährleistet nicht ihre Genauigkeit oder Vollständigkeit. ING haftet nicht für Schäden, die direkt, indirekt oder mittelbar aus der Nutzung dieser Veröffentlichung entstehen. Wenn nicht anders angegeben, sind alle Ansichten, Voraussagen oder Einschätzungen allein die des Autors oder der Autoren zum Zeitpunkt der Veröffentlichung und können sich ohne Ankündigung ändern.

Die Verbreitung dieser Veröffentlichung kann durch Gesetz oder Verordnung in verschiedenen Rechtsordnungen eingeschränkt werden. Wer in den Besitz dieser Veröffentlichung gelangt, sollte sich über derartige Einschränkungen informieren und diese beachten.

Der Inhalt dieser Veröffentlichung und der zugrunde liegende Datenbestand sind urheberrechtlich geschützt. Wiedergabe, Vertrieb oder Veröffentlichung sind nur mit ausdrücklicher Genehmigung der ING gestattet. Alle Rechte sind vorbehalten. Die ING Deutschland wird von der Europäischen Zentralbank (EZB) und der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) beaufsichtigt. Die ING Deutschland hat ihren Sitz in Frankfurt am Main und ist eingetragen im Handelsregister des Amtsgerichts Frankfurt am Main unter der Registernummer HRB 7727.